



WORTE DES LANDESVIZE

Schluss mit der Flickschusterei – abreißen und neu bauen

Wenn man durch die Pablo-Picasso-Straße in Hohenschönhausen fährt, fällt einem ein Gebäude besonders ins Auge. An der Fassade hängen Fangnetze und der geneigte Beobachter fragt sich, welcher Outdoor-Abenteuerspielplatz hier auf ihn wartet. Es ist kein Kletterpark, es ist der Polizeiabschnitt 61 und die Netze hängen, weil einem Bürger vor zehn Jahren ein Brocken direkt vor die Füße gefallen ist. Bis auf hier und an der Rudolstädter Straße haben wir zwar keine Fangnetze, dafür aber regelmäßig platzende Rohre, bröckelnde Decken, braunes Wasser aus dem Wasserhahn. Im Winter fällt gelegentlich die Heizung aus, im Sommer beim Öffnen das Fenster aus den Angeln, das auch nur die Alternative zur nicht vorhandenen Klimaanlage darstellt. Im Regelfall würden Mieter dem Eigentümer Feuer unterm Hintern machen, auf Mietminderung pochen. Wir aber spazieren tagtäglich auf diese Dienststellen und fragen uns, warum der Charme der Wandfarbe nach 20 Jahren irgendwie nachlässt.

Stephan Kelm

Die mehr als eine Milliarde Euro Sanierungsstau bei den Dienststellen der Berliner Polizei müssen eben auch irgendwo zu sehen sein. Gut ein Viertel davon wird mittlerweile in der Kategorie 1, Gefahr für Leib und Leben, gelistet. Die Berliner Immobiliengesellschaft (BIM), die unsere Liegenschaften verwaltet, bekommt von der politischen Führung immerhin 20 Millionen Euro jährlich zur Sanierung der Gebäude. Aktuell wären es also nur gute zwölf Jahre, bis die Gefahren für Leib und Leben abgearbeitet werden können. Ein Schelm, wer prognostiziert, das da eventuell noch etwas hinzukommen könnte. Über die teilweise katastrophale Sicherung zahlreicher Dienststellen reden wir noch gar nicht.

Ja, der Sanierungsstau verteilt sich auf diverse Dienststellen. Manchmal für jeden erkennbar, manchmal auch im Verborgenen. Irgendwann aber kommt alles wieder an die Oberfläche oder wie vor zwei Jahren in Spandau auch von der Decke wieder nach unten – in diesem Fall Fäkalien der Etage darüber. Ein schönes Beispiel ist Schulzendorf – ein Prob-

lemkind, das genau betrachtet regelmäßig aufplopt. Über tropische Käfer in den Sanitäranlagen mag man vielleicht noch schmunzeln, Legionellen sind nun auch nichts Neues mehr. Bei Schimmel kann man wie in der Friesenstraße auch einfach mal die Türen verschließen. Endgültig zumauern wäre in jedem Fall der sichere Weg. In Schulzendorf aber brauchen wir eben jeden Raum. Ganz gleich, ob dort PAK-Parkettkleber für den Bodenbelag verwendet wurde, der mit krebserregenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsgefährdenden Schadstoffen aufwartet. Gesunde Menschen haben ja nichts zu befürchten, glaubt man.

Nicht nur zu dieser Thematik haben wir mit der BIM gesprochen und dabei festgestellt, dass der direkte Weg der Bessere ist. Jahrelang haben wir von der Polizeiführung die Herausgabe von Trinkwassergutachten gefordert. Man konnte sie uns nicht geben, weil man es aufgrund von Verträgen mit der BIM nicht durfte. Eine solche Sperre gab und gibt es nicht. Festgestellt haben wir das im Übrigen beim Standort Friesenstraße, als wir uns mit der Behördenleitung monatelang über die Gesundheitsgefährdung brauner Grütze streiten mussten, deren Färbung man mit Blick auf den Wärme-

grad herunterspielen wollte. Laut Trinkwasserverordnung könnten sogar Eiswürfel aus dem Wasserhahn purzeln, braun dürften sie trotzdem nicht sein. Der Berliner Rundfunk hatte die Messergebnisse zwei Tage später. Heute reden wir direkt mit der BIM, treffen uns regelmäßig, besprechen einzelne Standorte und tüfteln an Lösungsansätzen. Nicht immer geht es so schnell, wie wir es uns wünschen und leider verschieben sich auch Prioritäten, aber wir haben zumindest eine Basis, die wir in den kommenden Jahren ausbauen können.

Grundsätzlich haben wir einen Sanierungsstau, der über Jahrzehnte gewachsen ist und der sich nicht mal eben abbauen lässt, zumal es an Baufirmen fehlt. Wir haben den Vorschlag für eine landeseigene Baufirma gemacht. Das aufzubauen, dauert Jahre, doch langsam aber sicher braucht der Senat mal ein nachhaltiges Konzept, um eben nicht immer nur Flickschusterei zu betreiben. Wenn du einzelne Löcher stopfst, steigt der Druck auf den Kessel und irgendwann bricht der ganze Vulkan aus. Manchmal sollte man auch einfach erkennen, dass sich Bruchbuden nicht ewig reparieren lassen, sondern man auch einfach mal abreißen und neu bauen sollte. ■



Liebe Leser,

ein ungewöhnlicher 1. Mai liegt hinter uns. Die GdP war gezwungen, die traditionelle Einsatzkräftebetreuung auf ein Minimum herunterzufahren. Wir waren trotzdem, bei Beachtung des notwendigen Infektionsschutzes, für Euch draußen. Hinter uns liegen auch bereits vier Perso-

nalratswahlen, in denen Ihr unserer GdP Euer Vertrauen ausgesprochen habt. Danke dafür, Ihr werdet es nicht bereuen und auch in Zukunft mit Eurer GdP gut vernetzt sein. Über Vernetzung haben wir mit Berlins Datenschutzbeauftragter gesprochen. Ihr Interview ist das Herzstück dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen!

Benjamin Jendro, Landesredakteur

IM ZEICHEN DER CORONA-PANDEMIE

BFRA im Einsatzdienst

Michael Schombel,

Bezirksgruppenvorsitzender Feuerwehr



Mitte März stellte die Berliner Feuerwehr-Rettungsdienst-Akademie (BFRA) analog zu allen Schulen und Ausbildungsstätten ihren Betrieb ein. In den kommenden Tagen wurde umgesetzt, was bisher noch nie dagewesen war, die BFRA ging mit Ausbildern und Auszubildenden gemeinsam in den Einsatzdienst, plötzlich war auch ich wieder mittendrin. War das bisher nur für einen Dienst in Ausnahmeständen bei extremen Wetterlagen oder Waldbränden der Fall, rüstete man sich jetzt erstmalig für einen längeren Zeitraum.

Eine Woche später waren alle Voraussetzungen geschaffen, um am ersten Tag mit 42 Männern und Frauen, vier Löschhilfsleistungsfahrzeugen (LHF), zwei Drehleitern (DLK) und sechs Rettungswagen (RTW) in Dienst zu nehmen. Bis einschließlich 19. April wurden der Einsatzdienst und zusätzlich der Stab der Feuerwehr sowie die Leitstelle durch Personal der BFRA unterstützt. Zwischenzeitlich kam es Corona-bedingt zum Personalausfall einer kompletten Feuerwache und zeitweise auch einzelner Wachabteilungen von Feuerwachen. Hier wurde der

Tagesdienst gänzlich durch die BFRA sichergestellt. Die Nachdienste übernahmen Kräfte der FF. Für alle Kolleginnen und Kollegen an der BFRA ergab sich ein neues Bild.

Waren einige Ausbilder schon lange nicht mehr im Einsatzdienst tätig, so rückten sie ergänzt durch Auszubildende, die noch nie im Einsatzdienst auf einer Feuerwache waren, gemeinsam aus. Vom „Sie zum Du“, gemeinsam teilweise jeden Tag eine neue Feuerwache erkunden, zwölf Stunden Einsatzalltag, exklusive An- und Abfahrt. Wir reden von drei Auszubildenden auf dem mit sechs Einsatzkräften besetzten LHF, die jedes Einsatzstichwort zum ersten Mal erlebten. Die Eindrücke dieser Wochen, ob Ausbilder oder Auszubildende, könnten ein Buch füllen.

Wir danken hier allen Kolleginnen und Kollegen der Feuerwachen für die freundliche und kollegiale Zusammenarbeit, denen der Leitstelle für die technische Umsetzung der täglichen Fahrzeugpflege und allen anderen, die in diesen außergewöhnlichen Zeiten zum Wohle der Betroffenen tätig sind.

Wir hoffen alle auf eine baldige Normalisierung der jetzigen Situation. ■

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Foto: CandyPostPictures

infolge der Gründung der LPD als Zusammenschluss aus wesentlichen Teilen des Stabes der Dir 3 und Dir E ELZ sowie kleinen Teilen des Stabes PPr und des LKA wurde eine vorgezogene Wahl des PR notwendig. Ich möchte mich im Namen des GdP-Kandidatenteams für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken.

Zusammen mit der neuen Schwerbehindertenvertretung und der noch zu wählenden Frauenvertretung werden wir uns gemeinsam für bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen einsetzen. Bei uns steht noch der dringend notwendige Neuaufbau einer gemeinsamen Bezirksgruppe LPD/Behördenleitung an. Es gilt im Bereich der Bezahlung die ruhegehaltstfähige Polizeizulage für alle Beschäftigten und die bereits mehrfach angekündigte Hauptstadtzulage inkl. kostenlosem ÖPNV-Ticket zu erstreiten. Die breite BAK-Neu-

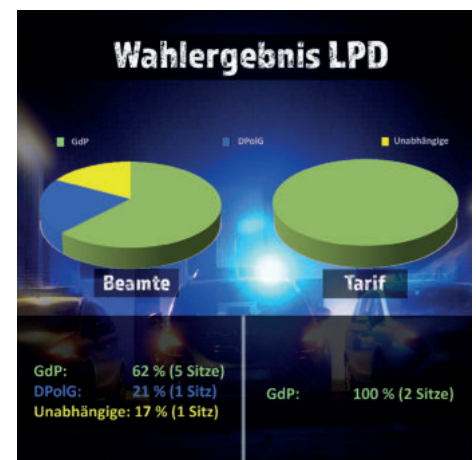


Foto: GdP Berlin

bewertung und wenigstens die Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche sind weitere Themenschwerpunkte. Im Bereich ELZ gilt es für eine auskömmliche Personaldecke mittels eines schlüssigen Personalkonzeptes zu sorgen.

Lasst es uns gemeinsam anpacken! ■



Unabhängiges Amt, für 5 Jahre gewählt

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wird vom Abgeordnetenhaus von Berlin für fünf Jahre gewählt und vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses ernannt. Die Wiederwahl ist zulässig. Sie ist in Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

INTERVIEW MIT BERLINS DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Datenschutz und Sicherheit sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden

Seit Anfang 2016 ist Maja Smolczyk Datenschutzbeauftragte des Landes Berlin. Sie kommt immer dann ins Spiel, wenn jemand das Gefühl hat, dass Vorschriften zum Datenschutz und der Informationsfreiheiten nicht eingehalten werden oder Politiker an neuen Gesetzen tüfteln und alten schrauben. Die Juristin spricht vier Fremdsprachen, hat sich mit unserem Landesredakteur aber auf Deutsch über ihre Sicht auf Social-Media-Accounts, ihre Behörde sowie ihre Arbeit gesprochen.

Im Gespräch mit Benjamin Jendro

DP: Liebe Frau Smolczyk, sind Sie bei Facebook, Twitter, Instagram oder TikTok?

Nein, ich nutze diese Dienste weder privat noch für meine Aufgaben als Datenschutzbeauftragte. Ich habe allerdings noch einen Facebook-Account aus der Zeit, bevor ich Datenschutzbeauftragte wurde. Ich denke, im privaten Bereich muss jeder selbst entscheiden, ob und wie er Social Media nutzt, auch wenn ich zur Vorsicht mahne. Behörden als Teil der Exekutive und damit einer der drei Staatsgewalten dürfen Bürgerinnen und Bürger nicht dazu veranlassen, behördliche Informationen auf Plattformen einzuholen, die sich nicht an geltendes Recht halten.

DP: Sie sind seit mehr als vier Jahren Berlins Datenschutzbeauftragte, erzählen Sie uns mal ein wenig über Ihre Behörde?

Die letzten vier Jahre waren sehr ereignisreich. Als ich das Amt der Berliner Datenschutzbeauftragten antrat, liefen die Vorbereitungen auf die Datenschutz-Grundverordnung auf Hochtouren. Mit dieser Verordnung wurde im Mai 2018 erstmals ein komplettes Rechtsgebiet EU-weit verbindlich geregelt. Meine Behörde ist dadurch von einer kleinen Landesbehörde zu einer Europäischen Vollzugsbehörde mit stark erweiterten Aufgaben und Befugnissen angewachsen. Wir beraten und kontrollieren ja



Maja Smolczyk

nicht nur die Polizei, sondern sämtliche Berliner Behörden und Unternehmen bis hin zu Freiberuflern und Vereinen. Da gibt es einiges zu tun.

DP: Warum brauchen wir eine Datenschutzbehörde?

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung besagt, dass jeder Mensch selbst entscheiden können soll, welche persönlichen Daten und Lebensumstände er wofür preisgibt. Niemand soll sich vom Staat, von Wirtschaftsunternehmen oder anderen Personen beobachtet fühlen, denn unter Beobachtung verhalten wir uns

nachweislich anders. Datenschutz ist also ein Schutz vor Fremdbestimmung und vor der Beschränkung unserer Freiheit. Das ist nicht nur für jede einzelne Person wichtig, sondern auch für unsere freie, demokratische Gesellschaft, da diese von selbstbestimmten und selbstbewussten Menschen lebt. Dies zu schützen ist Aufgabe der unabhängigen Datenschutzaufsicht.

DP: Wie können wir uns einen Ihrer typischen Arbeitstage vorstellen?

Neben Kontrolle und Sanktionierung hat meine Behörde auch einen gesetzlichen Informations- und Beratungsauftrag. Mei-



Berlins Datenschutzbeauftragte: Maja Smoltczyk

- geboren in Berlin
- seit 1992 tätig im Berliner Landesdienst
- 1994 bis 2016: Plenar- und Ausschussdienst des Abgeordnetenhauses von Berlin
- Seit 2016 Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

ne täglichen Aufgaben sind entsprechend vielfältig. Ich führe Gespräche mit Behörden- oder Unternehmensleitungen, unterrichte das Parlament und die Öffentlichkeit über wichtige Entwicklungen und treffe Entscheidungen in Sanktionsverfahren oder Abstimmungen mit anderen deutschen oder europäischen Aufsichtsbehörden. Nicht zuletzt bin ich als Leiterin einer stark wachsenden Behörde natürlich auch mit vielen Personal- und Verwaltungsentscheidungen befasst.

DP: Vor gut einem Jahr wandte sich Mda Tom Schreiber an Sie. Daraufhin kritisierten Sie die von der Polizei geforderte Verschwiegenheitserklärung bei Hospitationen – was war/ist das Problem?

Es ging um die Frage, ob und inwieweit Abgeordnete als Hospitanten verpflichtet werden können, eine Verschwiegenheitserklärung zu unterschreiben. Mitglieder des Parlaments haben einen verfassungsrechtlichen Informationsanspruch gegenüber öffentlichen Einrichtungen. Das ist ein Kernaspekt der Gewaltenteilung, denn der Informationsanspruch dient Abgeordneten als

Teil der Legislative dazu, ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive auszuüben. Der Anspruch gilt jedoch nicht schrankenlos, öffentliche oder private Interessen an einer Geheimhaltung können überwiegen. Deshalb kann Abgeordneten nicht generell untersagt werden, Daten aus Hospitationen für ihre Arbeit weiterzuverwenden. Sie können aber durchaus dazu verpflichtet werden, sensible Informationen etwa zur Gesundheit oder zur politischen Einstellung einer Person nicht zu veröffentlichen. Die Polizei hat den Text der bisherigen Erklärung entsprechend angepasst.

DP: Welche Gedanken kommen Ihnen beim Stichwort Poliks?

Lassen Sie mich vorweg sagen: Die weit überwiegende Anzahl der Polizistinnen und Polizisten pflegt unserer Erfahrung nach einen verantwortungsvollen Umgang mit Poliks. Leider kommt es aber immer wieder vor, dass einzelne Polizeibedienstete die Datenbank für private Zwecke missbrauchen. Die Fälle variieren vom Ausspionieren von Personen im persönlichen Umfeld bis hin zur Nutzung von Daten zu kriminellen Zwecken. Wir ahnden solche Verstöße mit Bußgeldern

oder stellen in schweren Fällen Strafantrag. Da die Polizei als Ordnungshüterin eine besondere Verantwortung trägt, können solche Taten das Vertrauen in die Staatsorgane nachhaltig schädigen. Es ist daher im Interesse aller verantwortungsvollen Polizistinnen und Polizisten, dass private Zugriffe auf Poliks durch technische und organisatorische Vorkehrungen verhindert werden. Zudem müssen solche Verstöße im Nachhinein verfolgt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können. Unsere Überprüfung im letzten Jahr hat gezeigt, dass geeignete Prüfmechanismen fehlen. Ich habe das formell beanstandet und fordere hier Anpassungen.

DP: Wie stehen Sie zu Videoüberwachung im öffentlichen Raum?

Ich möchte vorausschicken, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts jeder Mensch grundsätzlich das Recht hat, sich unbeobachtet in der Stadt zu bewegen. Soweit es im Rahmen der Gesetze erforderlich ist und die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt, kann der Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum in bestimmten Fällen jedoch sinnvoll sein. Die Berliner Polizei hat hier bereits diverse Möglichkeiten. Sie darf zum Beispiel bei Kontrollen zur Eigensicherung Bildaufnahmen aus ihren Fahrzeugen heraus fertigen oder in konkreten Gefahrensituationen öffentliche Veranstaltungen und gefährdete Objekte filmen. Auch im ÖPNV dürfen Kameras zur Abwehr und zum Erkennen von Straftaten eingesetzt werden. Problematisch ist es, wenn Videoüberwachung zum Einsatz kommen soll, ohne für die Aufgaben der Polizei wirklich erforderlich zu sein, zum Beispiel um ein unspezifisches Sicherheitsgefühl zu bedienen. Dafür gibt es keine Grundlage. Wer effektiv mehr Sicherheit schaffen will, muss die Polizei personell angemessen ausstatten und gute Arbeitsbedingungen schaffen. Kameras können bei Gefahr nicht eingreifen.

DP: Der Berliner Senat möchte bis 2021 Polizisten mit Bodycams ausstatten. Wo sehen Sie Probleme, was ist mit dem Thema Ton, was müsste man noch regeln?

Bei der Einführung von Bodycams beim Sicherheitspersonal der Deutschen Bahn zeigt

Fotos (2): BlnBDI





„Mit Fortschreiten technischer Möglichkeiten wird ein starker Datenschutz immer wichtiger. Die größte Herausforderung sehe ich beim Thema künstliche Intelligenz.“

DP: Wir haben im vergangenen Jahr den Vorschlag gemacht, Dieselfahrverbote gemäß StVG § 35 (1) 18, § 36 (2 i) sowie § 63 c mittels stichprobenartiger automatisierter Kennzeichenerfassung umzusetzen. Sie haben Ihre Skepsis geäußert. Warum?

Wenn die Einführung von Dieselfahrverboten als klimapolitisch sinnvolles Mittel angesehen wird, muss es dennoch so umgesetzt werden, dass der Eingriff in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich ausfällt. So wäre die Einführung einer blauen Plakette ein deutlich datensparsamerer Weg gewesen, die Einhaltung zu kontrollieren, als die elektronische Kennzeichenerfassung, die vom Gesetzgeber vorgesehenen datenschutzrechtlichen Hürden müssen jedenfalls unbedingt eingehalten werden: Insbesondere darf so eine Kontrolle nur stichprobenartig und transparent erfolgen, das heißt, dauerhafte und flächendeckende Erfassungen sind nicht erlaubt. Zudem müssen die erhobenen Daten gelöscht werden, sobald sie für die Überprüfung oder Verfolgung von Verstößen gegen Dieselfahrverbote nicht mehr gebraucht werden.

DP: Was denkt Berlins Datenschutzbeauftragte über die Ausweitung der TKÜ, stille SMS, Quellen-TKÜ?

TKÜ können natürlich ein wichtiges Instrument der Polizeiarbeit sein und dafür steht deshalb auch bereits ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Verfügung. Man muss sich allerdings stets klarmachen, dass die Grundrechtseingriffe beim Einsatz solcher Maßnahmen erheblich sind. Ohne Kenntnis der Betroffenen wird dabei Einblick in sehr private Bereiche genommen. Unsere Überprüfung des Einsatzes stiller SMS brachte ans Licht, dass stille SMS oft verschickt wurden, ohne dass der Ausnahmeharakter dieses Instrumentariums angemessen beachtet wurde. Oft war die Erforderlichkeit der Maßnahme nicht zu erkennen, zudem wurden gerichtliche Beschlüsse regelmäßig ohne Darlegung der Erforderlichkeit und Angemessenheit beantragt und Betroffene im Nachhinein nicht über die Maßnahme unterrichtet. In einem Rechtsstaat darf so etwas nicht passieren.

Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, die gegen sie gerichteten staatlichen Maßnahmen zu überprüfen. Bevor über die Ausweitung von TKÜ diskutiert wird, müssen solche strukturellen Mängel behoben werden. Erst dann kann entschieden werden, ob eine Ausweitung tatsächlich erforderlich ist.

DP: Ist Datenschutz nicht vor allem auch Täterschutz, schließlich profitieren unter anderem auch Terroristen von gesetzlichen Barrieren?

Ich glaube, Opfer von Identitätsdiebstahl, Stalking oder Datenbankhackern würden Ihnen auf diese Frage wahrscheinlich antworten, dass Datenschutz vor allem Opferschutz ist. Datenschutz und Sicherheit sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides ist in der Verfassung verankert und muss im konkreten Fall sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Wenn Grundrechte kollidieren, muss in der Praxis ein Ausgleich gefunden werden, der alle betroffenen Schutzgüter ausreichend berücksichtigt. Es gibt kein Supergrundrecht, das höherrangig ist als andere. Die Berücksichtigung aller legitimen Interessen auch und gerade im Bereich der Sicherheitspolitik kostet Zeit und ist nicht immer einfach zu bewerkstelligen. Aber dass wir uns dieser Herausforderung stellen, unterscheidet uns von totalitären und autoritären Regimen.

DP: Was sind die Herausforderungen für den Datenschutz in den nächsten Jahren, warum wird er auch im Jahr 2050 noch wichtig sein?

Mit Fortschreiten technischer Möglichkeiten wird ein starker Datenschutz immer wichtiger. Die größte Herausforderung sehe ich beim Thema künstliche Intelligenz. Ob bei der Vergabe von Krediten oder Versicherungspolicen oder im Bereich Predictive Policing, Algorithmen werden immer häufiger dazu eingesetzt, Entscheidungen über Menschen zu treffen. Das klingt vielversprechend, kann aber zu folgenschweren Diskriminierungen führen. Solche Verfahren bedürfen der Kontrolle und müssen daher grundsätzlich transparent sein. Ich mache mir daher keine Sorgen, dass uns die Arbeit in den nächsten Jahren ausgeht. ■

te sich, dass ihr Einsatz weder die Sicherheit der Fahrgäste erhöht hat noch Verletzungen des Hausrechts und Sachbeschädigungen verhindert oder aufgeklärt werden konnten. Allerdings haben Übergriffe auf das Bahnpersonal deutlich abgenommen. Das zeigt, dass Bodycams auch für Polizistinnen und Polizisten durchaus sinnvoll sein könnten. Dabei müssen die Rechte der Gefilmten aber gewahrt bleiben. Das heißt insbesondere: Kein Dauerbetrieb, Transparenz und strenge Löschfristen. Tonaufnahmen halte ich im Zusammenhang mit Bodycams für sehr problematisch, denn dabei könnten auch Privatgespräche von unbeteiligten Dritten mitgeschnitten werden.

DP: Können Sie uns erklären, warum Menschen ihr Essen posten, Fotos ihrer Kinder ins Netz stellen, Körperdaten an die Betreiber von Fitness-Watches geben, gleichzeitig aber ein Szenario à la 1984 heraufbeschwören, wenn es um eine Videokamera im öffentlichen Raum geht?

Das Beschwerdeaufkommen in meiner Behörde zeigt ein nicht ganz so schwarz-weißes Bild: Ein beachtlicher Teil der Datenschutzbeschwerden richtet sich gegen Unternehmen aus dem Bereich der Digitalwirtschaft. Ich habe den Eindruck, die Menschen nutzen soziale Netzwerke und smarte Geräte, weil die Vorteile für sie im Alltag überwiegen. Sorglos sind die meisten dabei jedoch nicht. Sie haben sehr wohl ein Interesse daran, dass ihre Daten nicht unbefugt verwendet werden. Dieses Bewusstsein wächst seit einiger Zeit merklich.



Foto: GDR Berlin



„Wir haben Verständnis für den Wunsch, seine Meinung zu äußern und die Unzufriedenheit über den aktuellen Ausnahmezustand. Aber meine Kolleginnen und Kollegen sind kein Prellbock. Sie sind Menschen, die dazu verpflichtet sind, Gesetze durchzusetzen
(Landeschef Norbert Cioma via Sueddeutsche Zeitung)

Entschuldigung – wir haben Euch nicht vergessen

Liebe Geburtstagskinder aus dem April, ich möchte mich persönlich bei Euch entschuldigen. Uns ist ein redaktioneller Fehler unterlaufen, sodass wir in unserer Aprilausgabe den März-Glückskindern auf ein Neues gratuliert haben. Das ist uns erst vor Ende April aufgefallen und war somit nicht mehr zu korrigieren. Wir werden es an dieser Stelle nachholen. Von mir persönlich, wenn auch sehr nachträglich: Alles Gute. Toll, dass wir Euch in unseren Reihen haben.



Geburtstage April

80 Jahre

Wolfgang Joseph Dir 1
Gerd Neumann Dir 1
Dieter Hinze Dir 6
Gilbert Liborius Dir E/V
Wolfgang Conrad PA/PP
Peter Dahlemann PA/PP

85 Jahre

Gisela Schmidt Dir 2
Horst Michaelis Dir 5
Bruno Albrecht Dir 6
Siegfried Wetzler Dir E/V
Karl-Heinz Neumann LKA
Wolfgang Huebner LABO
Rita Kalisch LABO
Brigitta Braeseke PA/PP
Hermann Engelhardt PA/PP
Horst Reischert PA/PP

86 Jahre

Manfred Bergfeldt Dir 1
Peter Hoinka Dir 1
Joachim Roesler Dir 2

87 Jahre

Rudi Reschke Dir 3
Ingeborg Herrmann Dir 6
Horst Dettmann Dir E/V

88 Jahre

Willi Ramm Dir 2
Werner Szafranski Dir 3
Eva Klein Dir 4

89 Jahre

Karl-Heinz Grunwald Dir 1
Gisela Klann Dir 3
Gerhard Schulz Dir 3
Hans-Otto Selke Dir 3

Christel Steinicke Dir 4
Berthold Prochnow Dir 5

90 Jahre

Helga Klauss Dir 1
Inge Balke Dir 4

91 Jahre

Horst Meier Dir 1
Heinz Herrmann Dir 2
Brigitte Doehm PA/PP

92 Jahre

Gerd Radtke Dir 2
Joachim Nieder Dir 3

93 Jahre

Helga Laube Dir E/V

94 Jahre

Heinz Pilgrimm Dir 1
Horst Feltn Dir 5
Fritz Awiszus PA/PP

95 Jahre

Isolde Dicks Dir 5
Ruth Junge Dir 5
Manfred Harter PA/PP

99 Jahre

Leo Grubert Dir 5

100 Jahre

Hildegard Mohr Dir 5

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 35 Jahren erledigen wir | Beihilfe- und Krankenkosten-Vorgänge und führen Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt: **030 / 27 00 00**



info@medirenta.de

www.medirenta.de



» Es bringt relativ wenig, eine Tür mit Zahlencode zu sichern, wenn man mit einer Nagelfeile durch die Wände kommt. Die Sicherheit staatlicher Gebäude gehört endlich in staatliche Hände. Nur dann können wir über die Qualität entscheiden, mit der die Beschäftigten und auch das jeweilige Inventar geschützt werden.

(Sprecher Benjamin Jendro via Berliner Zeitung)



Geburtstage Juni

80 Jahre

Adelheid Lenz Dir 2
Joerg-Dieter Otte Dir 2
Hans Pietzko Dir 3
Helmut Zwierzynski Dir 3
Wolfgang Jungfer Dir 5
Werner Kubitzka Dir 5
Dieter Schiemann Dir 6
Hartmut Albrecht Dir E/V
Wolfgang Zeidler Dir E/V
Rupert Woita LKA
Helga Vormann PA/PP

85 Jahre

Günter Lehn Dir 1
Gerhard Urvat Dir 1
Karl-Heinz Veitl Dir 2
Horst Frohn Dir 4
Helga Lange Dir 4
Rüdiger Pallas Dir 4
Siegfried Seidel Dir 4
Hans-Joachim Prütz Dir 5
Siegfried Seifarth Dir 6
Dieter Büschlen Dir E/V
Klaus Dally Dir E/V
Werner Trippler PA/PP

86 Jahre

Jürgen Göthel Dir 2
Eberhard Fecke Dir 3
Anneliese Schulz Dir 3
Herbert Schön Dir 5
Horst Srot Dir E/V

87 Jahre

Horst Adam Dir 5
Gerhard Behrendt Dir 5

88 Jahre

Helmut Kaufmann Dir 1
Franz-Joseph Chmurzinski Dir 4

89 Jahre

Guenter Helm Dir 3
Günter Böge Dir 6
Ingeborg Renkel PA/PP

90 Jahre

Heinz Pelzer Dir E/V
Karl- Ernst Hein PA/PP

91 Jahre

Waltraut Meinke Dir 2
Helga Möhle PA/PP

92 Jahre

Heinz Pieritz Dir 1
Wolfgang Schmidt Dir 5
Ursula Kopp LABO

93 Jahre

Herta Rosse deutscher Dir 3
Horst Standke Dir 3
Karl Hirslandt Dir 4
Sonja Grahl LABO

94 Jahre

Anneliese Fröhlich LKA

96 Jahre

Klaus Hübner Dir 2
Waltraut Pusch PA/PP

97 Jahre

Irene Roggow Dir 4

98 Jahre

Margarete Ziehm Dir 5

103 Jahre

Helmut Hoffmann Dir 5

Jubiläen

25 Jahre

Ibrahim Akan
Stefan Dally
Daniela Domagalla
Jutta Erfurt
Susan Gladrow
Denise Krüger
Jeannette Ogait
Sandra Porten
Christian Rex
Thomas Schmidt
Karsten Seitenglanz
Heinz Stelke
Petra Walter
Frank Zerbel

40 Jahre

Stephan Bernhardt
Manfred Brodzinski

Jörg Ehling
Peter-Michael Engel
Jürgen Greiner
Bernhard Lucks
Andreas Müller
Rainer Pieloth
Ralf Ringeltaube
Michael Schleicher
Doris Weinke
Oliver Wirth
Andreas Wuschnakowski

50 Jahre

Bernd Kiesel
Wolfgang Liese
Detlef Mertin
Jörg Ollick
Heinz Schoppe
Michael Wildbredt

Nachrufe

Wir trauern um unsere Mitglieder

Dirk Fiedler, 56 Jahre, Dir 2
Wolfgang Nemitz, 85 Jahre, Dir 3
Hans-Henning Kotecki, 78 Jahre, Dir 4
Norbert Eiling, 92 Jahre, Dir 5
Horst Dampke, 85 Jahre, Dir 6
Hartmut Schäfer, 77 Jahre, Dir 6
Manfred Schlauch, 73 Jahre, Dir E/V
Patrick Schrunner, 26 Jahre, BF
Willi Gottschalk, 79 Jahre, PA/PP
Hans-Joachim Markowski, 81 Jahre, PA/PP
Heinz Tech, 83 Jahre, LABO

Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.



Habt Ihr Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe?

Schreibt uns eine Mail an meinung@gdp-berlin.de!
Redaktionsschluss für unsere Juli-Ausgabe, auch für
Veranstaltungen, ist der 5. Juni 2020.



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

PA/PP

(Unter Vorbehalt, Infos auf der Homepage)

Wann: Donnerstag, 25. Juni, 16 Uhr.

Wo: Kaiserhof, Stresowstr. 2, 13597 Berlin.

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 8. Juni, ab 13 Uhr.

Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236,
13437 Berlin.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: 030 4032839.

Dir 2

Das für Dienstag, den 2. Juni, 15:30 Uhr,
vorgesehene Seniorentreffen findet nicht
statt. Der Seniorenklub Südpark, Wever-
straße 38, 13595 Berlin, ist zurzeit aufgrund
der Corona-Krise geschlossen.

Dir 3/LPD i. A.

Wann: Dienstag, 2. Juni, 16 Uhr.

Wo: FRABEA, Afrikanische Straße 90/
Otawistraße, 13351 Berlin.

Kontakt: Alberto Fourneau, Tel.: 030
4651559 oder alberto@fourneaux.de

Dir 4

Wann: Mittwoch, 10. Juni, 16 Uhr.

Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55,
12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: 030 7967520.

Dir 5

Wann: Dienstag, 2. Juni, 14 Uhr.

Wo: Zum Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48
(Hufeisensiedlung), 12359 Berlin.

Info: Anmeldung und Information:
Renate Katzke, Tel.: 0173 1685766.

Dir 6

Wann: Mittwoch, 17. Juni, 16 Uhr.

Wo: Sportcasino, Wendenschloßstraße
182, 12557 Berlin.

Info: Kegeln.

LKA

Info: Die geplanten Veranstaltungen
der Seniorengruppe LKA im Monat Juni
müssen leider ausfallen.

Kontakt: Jürgen Heimann,
Tel.: 030 7217547 oder
Marianne Fuhrmann, Tel.: 030 7451353.

LABO

Wann: Voraussichtlich Mittwoch,
10. Juni, 15 Uhr.

Wo: Papa Pane bei Yasmin,
Wilhelmstraße 15-17, 10963 Berlin.

Landesfrauengruppe

Wann: Dienstag, 30. Juni, 16-18 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle,
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

PERSONALRATSWAHLEN 2020

Damit Du keine Münzen
einwerfen musst!

Mit Deiner GdP
gut vernetzt.
#Hauptstadtcops

Gewerkschaft
der Polizei
Berlin



PERSONALRATSWAHLEN 2020

Damit Du Dich nicht
entscheiden musst!

Mit Deiner GdP
gut vernetzt.
#Hauptstadtcops

Gewerkschaft
der Polizei
Berlin

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00